

AL Info¹/₁₆

- 3 Das neue AL-Mitglied Christian Molina erzählt im Gespräch, weshalb er gerade bei der AL gelandet ist.
- 4 AL-Gemeinderätin Christina Schiller gibt einen Einblick in ihre Recherchen zur Polizeidatenbank Polis.
- 5 Dass in der Bildung gespart werden soll, geht gar nicht, findet Dayana Mordasini und erklärt weshalb.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Mit vereinten Kräften

Was machen wir in einem Kanton, der mehrheitlich bürgerlich regiert wird, in einem Land, das nach rechts gerutscht ist, in einem Europa, dem das Gleiche droht?

Wir als AL bleiben pragmatisch und vor allem umsichtig, arbeiten mit klarem Kopf weiter an konkreten Lösungen, die unseren Prinzipien entsprechen und denen einer offenen, rücksichtsvollen und zivilisierten Gesellschaft. Diese Worte sind ein Aufruf, es uns gleich zu tun, ein Aufruf an all jene, die angesichts der momentanen Lage der Welt mit ihren Kriegen und ihrem Elend, trotz der Hysterie um Sicherheit, trotz aller flächendeckender Scharfmacherei von rechts, nicht vorhaben, weder ihren kühlen Kopf noch ihre Warmherzigkeit über Bord zu werfen.

Pragmatisch sage ich im Namen des Vorstands hier auch: «Zum Glück ist dieses Jahr, in dem wir uns schon mit-tendrin befinden, kein Wahlkampfjahr!» So können wir unsere Kräfte bündeln und die finanziellen Ressourcen gezielt in die diversen Projekte, Kampagnen und Abstimmungskämpfe investieren, aus welchen die politische Agenda 2016 besteht. So da (nicht abschliessend) wären: der Kampf gegen die Unterhöhnung des Rechtsstaats und die Zerstörung des sozialen Klimas durch die unsägliche Durchsetzungsinitiative am 28. Februar und durch das SVP-Referendum zur Asylgesetzrevision im Juni; die Unterstützung der Lohndumping-Initiative, der Bildungsinitiative und jener gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln; die Abstimmungskampagne gegen die Reduktion der Grundbuchgebühren im Kanton zusammen mit SP, Grünen und EVP; der Kampf für ein Ja zum NDG-Referendum und gegen versteckte Haus-

durchsuchungen durch Staatstrojaner. Weiter werden wir uns wehren gegen die Unternehmenssteuerreform III, die dem Staat wertvolle Ressourcen entziehen wird, die er dringend brauchen kann, und auch auf kommunaler Ebene gegen die schleichende Privatisierung von städtischen Infrastruktur-Dienstleistungen und gegen die Kasernierung von Asylsuchenden in Zürich.

Ein Schwerpunkt in diesem Jahr ist sicher auch die Abstimmungskampagne für die kantonale AL-Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle», in der wir zur Entlastung von Eltern verlangen, dass sich die Unternehmen in Form von Beiträgen an einen Fonds an der Kinderbetreuung beteiligen. Unsere Forderung entspringt nicht etwa einer utopischen Idee, sondern ist bereits überzeugend gelebte Realität in Teilen der Westschweiz.

Und dies zum Schluss: Wir alle tun, was in unseren Kräften steht. Wir danken allen, die uns dabei helfen können



und wollen. Wir sind dankbar für jegliche Art der Unterstützung, in Form von Knowhow und physischer Präsenz über finanzielle Hilfe bis zur aktiven Beteiligung an Kampagnen. Wir sind mehr, als wir meinen – vereinen wir die Kräfte der Solidarität für eine menschlichere Gegenwart.

**Für den AL-Vorstand
Andrea Leitner**

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 28. Februar 2016:

BUND

«Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» **NEIN**

«Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer» (Durchsetzungsinitiative) **NEIN**

«Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» **JA**

Sanierung Gotthard-Strassentunnel **NEIN**

KANTON ZÜRICH

«Bildungsinitiative» **JA**

Reduktion der Grundbuchgebühren **NEIN**

«Lohndumping-Initiative» **JA**

Verwaltungsrechtspflegegesetz **NEIN**

STADT ZÜRICH

Keine Abstimmung

Finanzen

Unsere Kampagne Grundbuchgebühren braucht Geld. Wir sind dankbar für Spenden auf PC 87– 63 811– 5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5
Vermerk: «Grundbuchgebühren» Vielen Dank!

Termine

Dienstag, 23. Februar 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Dienstag, 29. März 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Dienstag, 19. April 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Dienstag, 24. Mai 19 Uhr AL-Mitgliederversammlung

Impressum

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch

Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45

IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Corin Schäfli, Dayana Mordasini

Redaktion Dayana Mordasini, Corin Schäfli, Niklaus Scherr, Attilio Stoppa.

Keine Goodies für Speckis!

Dank dem Behördenreferendum von AL, Grünen, SP und EVP stimmen wir am 28. Februar über die Reduktion der Grundbuchgebühren ab. Dem Kanton würden damit 15 – 20 Mio Franken pro Jahr entgehen. Profiteure wären Banken, Versicherungen und grosse Immobilienfirmen. Allein die Credit Suisse hätte beim Verkauf des Uetlihofs für 1 Milliarde Franken 500 000 Franken eingespart.

Der Staat hat sich von jeher primär über Steuern und Abgaben auf Konsum und Grundbesitz finanziert; mit der bürgerlichen Revolution sind dann Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern hinzugekommen. Konsumieren tun wir alle und Liegenschaften sind per Definition immobil, darum können sich beide Bereiche nur schlecht der Besteuerung entziehen. Soweit die Theorie.

Liegenschaftenverkäufe vs. MWST

Allerdings wird der Konsum weit stärker besteuert als der Grundbesitz. Auf allem, was wir konsumieren, entrichten wir 8.0% Mehrwertsteuer. Selbst auf Lebensmitteln sind es noch 2.5%, die wir mit jedem Stück Brot und jedem Glas Milch dem Staat abliefern. Und: die MWST-Sätze sind seit der Einführung dieser Steuer 1995 gestiegen: von 6.5% auf 8.0% resp. 2.0% auf 2.5% für Lebensmittel und Bücher.

Ganz anders beim Grundbesitz. Obwohl klar eine Minderheit im Land und im Kanton (38% resp. 29%), gelingt es den Hauseigentümern dank aggressivem Lobbying immer wieder, Steuern und Abgaben auf dem Grundbesitz zu verhin-

dern, abzuschaffen oder zu reduzieren. Liegenschaftenverkäufe unterliegen – im Gegensatz zum Verkauf von Brot, Velos oder Autos – nicht der Mehrwertsteuer. Ein happiges Privileg.

HEV = Hinterhältiger Egoisten Verein

Damit nicht genug. 2003 hat der HEV Zürich mit einer demagogischen Abstimmungskampagne die Handänderungssteuer (1.5% der Kaufsumme) gekippt, indem er den Mietparteien niedrigere Mieten versprach. Die Folge: den Gemeinden entgehen Jahr für Jahr 120 Mio Franken, davon allein 35 Mio oder zwei Steuerprozente in der Stadt Zürich. Gescheitert ist der HEV dagegen mit seinen verschiedenen Anläufen, die Grundstückgewinnsteuern zu reduzieren, zuletzt in der Abstimmung vom März 2013. Zurzeit ist bereits eine neue Reduktionsvorlage in der Pipeline des Kantonsrats.

Seit längerem versuchen die HEV-Lobbyisten im Kantonsrat, auch die Grundbuchgebühren für Verkäufe oder Eintragung einer Hypothek zu reduzieren. Sie sollen jetzt von 1.5 Promille der Kaufsumme auf 1 Promille reduziert werden. Ein erster Anlauf scheiterte 2003 im Kantonsrat, 2009 wurde dann eine Senkung von 2.5 auf 1.5 Promille durchgedrückt. Die Grundbuchgebühren sind eine sogenannte Gemengsteuer, also Gebühr und Steuer zugleich. Ein sinnvoller Mix: mit ihren hohen Abgaben helfen Gross-Investoren die Belastung für Kleineigentümer tief zu halten. Dank Überschüssen können zudem die defizitären Konkursämter quersubventioniert werden. Es

resultiert ein Gewinn von 25 – 30 Mio Franken für die Staatskasse. Verglichen mit den Nachbarkantonen sind die Zürcher Gebühren überaus moderat: in Schaffhausen betragen sie 2 – 6 Promille, in Aargau und Thurgau 4 Promille.

Die Hauseigentümerverbände sind zweifellos eine der egoistischsten Lobbyorganisationen. Zwar schützt der Staat mit äusserst eigentumsfreundlichen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen das Privateigentum, aber die Profiteure benehmen sich steuerpolitisch als eigentliche Trittbrettfahrer. Am 28. Februar gibt es nur eins: ein klares Nein!
Niklaus Scherr

Schon wieder 15 Mio.

Steuer-Geschenke für Immobilien-Haie?

Nein!

28.2.2016:
Nein zur Senkung der Grundbuchgebühren.

Christian Molina im Gespräch



Christian, du bist seit einem halben Jahr Mitglied. Wie bist du zur AL gekommen?

Zwei Faktoren waren entscheidend: Der push-Faktor war, dass in meinem Kollegen-

kreis Leute der FDP und sogar der SVP beigetreten sind. Das spornte mich an, auch meine Interessen in einer Partei zu unterstützen und Farbe zu bekennen.

Meine politischen Grundsätze sind so gewachsen, dass mein Schwerpunkt ursprünglich bei den Grünen lag, später ist viel Freiheitliches-Liberales dazugekommen. Ich bin dann aber rasch zur Einsicht gelangt, dass Freiheit ohne Verantwortung und ohne Solidarität auf eines hinausläuft: das Recht des Stärkeren. Der pull-Faktor war dann die weitgehende Übereinstimmung meiner Überzeugungen mit politischen Tätigkeiten der SP, der Grünen und der AL. Gegen einen Beitritt zur SP sprechen für mich persönliche Gründe. Die Grünen sind mir zu einseitig und dogmatisch. Umweltschutz und sparsamer Ressourceneinsatz sind für mich wichtig, doch es gibt noch mehr. So wählte ich die AL zu meiner politischen Heimat.

Was gefällt dir an der AL?

Ich beschreibe sie als kritisch pragmatisch, sie nimmt eine Aussenseiterrolle ein. Besonders bemerkenswert: Ich finde die AL betreibt, soweit von aussen sichtbar, keine Klientelpolitik, sondern es geht ihr klar um die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, um die Menschenrechte und die Menschenwürde. Dennoch ist sie bereit zu pragmatischen Lösungen, die AL erkennt, dass nicht alles möglich ist und manchmal Wünschenswertes hinter dem Notwendigen zurückstehen muss. Besonders attraktiv finde ich an der Diskussionskultur der AL, wie hier unterschiedliche Ansichten und Erfahrungen in die Parolenfassung einfließen. Darüber hinaus werden die Meinungen sorgfältig begründet an der Diskussion selber, im AL-Info oder bei sonstigen Statements.

Stösst du dich an der Meinungsvielfalt?

Im Gegenteil, ich finde es gut, dass verschiedene Meinungen zur definitiven Beschlussfassung beitragen.

Die personifizierte AL, wer kommt dir

da in den Sinn?

Vor meinem Eintritt klar Richi Wollf, Niklaus Scherr und Walter Angst. Jetzt sind es mehrere, du zum Beispiel. Ich kann mich gut mit der AL identifizieren. Als ich im AL-Info das Interview mit Manuel Sahli gelesen habe, habe ich mich selber darin erkannt.

Wie hast du die Vollversammlungen bisher erlebt?

Meine erste VV war diejenige mit dem Inputthema Polizei und Richi Wolff. Nebst dem, dass ich die Diskussion an sich sehr spannend fand, finde ich es auch sehr interessant, dass diese mit dem Polizeivorsteher überhaupt erst geführt wird. Mich hat diese Veranstaltung zum Denken angeregt und ich fühlte mich gut aufgehoben.

Worüber hast du nachgedacht?

Mir wurde durch diese Veranstaltung vor Augen geführt, dass Parteimitglieder in der Regierung Makler sind zwischen den Interessen der Partei, und den Schwierigkeiten und Herausforderungen der Realität. Es hat mich positiv überrascht, wie offen in der Diskussion die Arbeit der Polizei und unseres Polizeivorstands in Kritik gezogen wurden. Ich habe mich gefragt, ob eine solche Diskussion beispielsweise zu schikanösen Polizeikontrollen, in einer anderen Partei möglich wäre.

Die nächste VV thematisierte die EWZ-Ausgliederung. Hat sich deine Meinung hier bestätigt?

Ergänzt und bestätigt. Hier habe ich erstmals ein Votum zur Diskussion beibringen: Dass mit der Auslagerung u. a. auch bezweckt wird, dass die EWZ Aufträge nicht mehr umständlich öffentlich ausschreiben und dann den billigsten Anbieter wählen müsste. Das mag Auftragsvergabe an bewährte Unternehmen mit Ausbildungsplätzen in der Region erleichtern – aber auch Korruption und Vetternwirtschaft.

Bleibst du AL-Mitglied?

Ja, das habe ich vor!

Bist du noch mit den Kollegen befreundet, die jetzt bei der SVP sind und möchtest du dich aktiv bei der AL einbringen?

Die Antworten auf:

Interview:

Dayana Mordasini



AL Buchtipp

Attilio Stoppa empfiehlt:



David Harvey: «Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus». Ullstein Verlag, Berlin 2015.

David Harvey präsentiert seine ganz eigene Kommunismus-Alternative und untersucht dafür

die Anhäufung von Kapital, das fatale Wachstumscredo, den spekulativen Immobilienmarkt und den Raubbau an der Natur.

Eine fundierte, realitätsnahe Kapitalismuskritik und zugleich ein Manifest des Wandels. David Harvey, Sozialwissenschaftler, Professor in Oxford, London, Baltimore und heute New York, war immer schon Neo-Marxist und arbeitet unkonventionell. Er richtet seinen Blick auf das Kapital, die Perspektive von Klassenkämpfen ist für ihn gleich Null. In seinem Buch geht es ihm «primär um ein besseres Verständnis der Widersprüche des Kapitals und nicht des Kapitalismus», sortiert in drei Kapitel: je sieben «Grund-» und «Bewegliche-» sowie drei «Gefährliche Widersprüche». Abgehandelt werden sie zumeist in den bekannten Marxschen Kategorien wie Kapital und Arbeit, Gebrauchs- und Tauschwert, Privateigentum, Staat, Reproduktion, zum Teil in neueren Begriffen wie Technologie, Urbanität, Wachstum. Dass der Kapitalismus an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde geht, hält Harvey für Unfug, dass die Linke zu sehr versucht, «die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen», für fatal. Seine «Röntgenaufnahmen» sollen Ansatzpunkte freilegen, an denen seine Zielvorstellung andocken kann: ein «revolutionärer Humanismus», für den er am Schluss auch 17 Vorschläge macht. Harvey plädiert dafür, sich von fremdbestimmtem Konsumverhalten zu lösen und sich im Alltag von entfremdeten Bedingungen zu emanzipieren. Eine «progressive antikapitalistische Antwort auf die Widersprüche unserer Zeit» liege in einem revolutionären Humanismus und dem Verlangen nach einer Welt, die dem Einzelnen «die wahre Entfaltung seiner Natur oder die Chance auf ein glückliches und erfülltes Leben garantiert». Er hat recht, und man kann sich immer nur fragen, wie viel es noch braucht an Steigerung des Elends, an Völkerwanderung auf dem Planeten, an Zerstörung, an «failed states», damit die herrschenden «Eliten» endlich ein Hauch von Ahnung streift, Ahnung dessen, was sich real ereignet.

Polizeidatenbank Polis: Das unbekannte Wesen

Für das Info wirft AL-Gemeinderätin Christina Schiller einen kritischen Blick hinter die Kulissen des Zürcher Polizeidatensystems Polis.

Am 21. Februar 2015 wurden 800 FCZ-Fans auf dem Weg zum Stadion von der Stadtpolizei eingekesselt und einer Personenkontrolle unterzogen. Danach befasste ich mich erstmals vertieft mit Polis, dem Zürcher Polizeidatensystem. Eine dynamische Power-Point-Präsentation des Vereins Arge Polis verrät mir: Polis ist modern, Polis ist vernetzt, Polis ist skalierbar, Polis ist vielseitig.

Modern im Handling

Was ist modern an Polis verglichen mit dem «guten alten Fichenstaat»? Der einzelne Polizist hat nicht mehr eine Karteikarte oder Excel-Liste in seiner Schublade, nein alle Polizisten können jederzeit auf (fast) alle Daten und Dokumente dieser Datenbank zugreifen. Auch auf der Strasse bei einer Personenkontrolle. Konkret haben 37 Polizeicorps Polis im Einsatz und ca. 5 000 Polizisten Zugriff darauf (Kapo, Stapo Zürich und Winterthur etc.). Neu können Daten auch vor Ort erfasst werden. So entstehen 1 000 Rapporte täglich und bereits über 30 000 Rapporte sind mit iPads erfasst worden. Zurzeit sind wir bei 9 Millionen abgespeicherten Dokumenten und 1.5 Mio registrierten Personen.

Vernetzt = alle Daten überall

Vernetzt ist Polis selbstverständlich auch. Es erlaubt direkte Ausschreibungen an das Fahndungssystem RIPOl, das sämtliche Personen erfasst, nach denen aus irgendeinem Grund gefahndet wird.

RIPOl wird zwischen 50 000 bis 100 000 Mal pro Tag abgefragt. Polis ist auch mit FABER verknüpft. Bei Verstössen im Strassenverkehr kann man auf Daten wie Führerausweis, Fahrzeugnummer, Fahrzeughalter etc. zugreifen. Via RIPOl ist Polis indirekt auch mit ZEMIS, dem zentralen Migrationsinformationssystem, verbunden, in dem mehr als 1 Million Menschen registriert sind. Kein Mensch kann mehr genau nachvollziehen, welche Behörden auf welche Datenbanken Zugriff haben. Informationen werden zum Teil formlos und ohne Kontrolle zwischen den verschiedenen Polizeikörpern in der Schweiz ausgetauscht. Landen Erkenntnisse im Polis, können sie noch Jahre ungerechtfertigte polizeiliche Kontrollen und Zwangsmassnahmen auslösen, selbst wenn sie sich als falsch herausgestellt haben.

Problematische Löschfristen

Ein Thema für sich sind die Löschfristen. §13 der Polis-Verordnung sieht ein Berichtigungsrecht von Betroffenen vor. Bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens kann eine ursprünglich als tatverdächtig bzw. angeschuldigt erfasste Person eine ergänzende Eintragung erwirken. Ein Recht auf Löschung ist in diesem Fall jedoch nicht vorgesehen. Diese aus meiner Sicht falsche Regelung hat das Bundesgericht bestätigt: Das öffentliche Interesse an der Aufklärung eines Straffalles überwiege gegenüber dem privaten Interesse an der Löschung der Daten, vor allem, wenn der Nutzen der erfassten Daten für weitere polizeiliche Ermittlungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden könne. Meiner Meinung nach

müsste hier zumindest der Zugriff auf einen ganz kleinen Personenkreis beschränkt werden. Was z.B. der Stadtrat nach dem Altstetter Kessel vom 4. Dezember 2004 für die dort Registrierten beschlossen hat.

Höchst problematisch ist auch, dass die Daten von Personenkontrollen erst nach 5 Jahren gelöscht werden. Denn es ist sehr fraglich, ob alle dabei erfassten Personendaten für die polizeiliche Arbeit bei der Verfolgung, Aufklärung oder Verhütung von Delikten nötig sind. Auch hier muss das Zugriffsrecht eingeschränkt werden. Heute kann jeder Polizist im Kanton bei einer Personenkontrolle als erstes die Polisdaten abrufen. Ist jemand bereits im Polis registriert, wird die Kontrolle wahrscheinlich anders verlaufen.

Zum Schluss ein Appell an alle Leserinnen und Leser: Verlangt bei der Polizeieure Polis-Auszug und zeigt damit, dass euch ihr unersättlicher Datenhunger nicht gleichgültig ist:

<https://goo.gl/OlmIGA>

Christina Schiller

Zahnbürsteli-Besuche

Die unangekündigten Ehe-Kontrollbesuche der Stadtpolizei bei allen AnwärterInnen auf erleichterte Einbürgerung werden ab jetzt nur noch in Einzelfällen durchgeführt. Den Anstoss gab eine Anfrage von AL-Gemeinderat Andreas Kirstein. Nachdem die Geschäftsprüfungskommission monierte, dass flächendeckende Kontrollen kostspielig und auch wenig sinnvoll seien, erklärte sich die Stapo bereit, künftig nur noch bei bestimmten «Verdachtsmomenten» Besuche abzustatten. Betroffen sind vor allem Patchwork-Familien, Paare mit «grossem» Altersunterschied (über 8 Jahre) und weniger Wohlhabende. – Ein fragwürdiges Vorgehen! Hier Richtlinien zu finden, die man als Linke(r) überhaupt vertreten kann, ist schwierig. Wie rechtfertigen, dass das Bürgerrecht vom Status der intimen Beziehungen abhängen soll – wo es vor nicht allzu lange salonfähig war, aus wirtschaftlichen Gründen zu heiraten? Ein kleiner Fortschritt ist es trotzdem.



Bekennt euch zur Bildung

«Bildung ist unsere wertvollste Ressource. Sie legt die Basis für ein funktionieren des Gemeinwesen, für Arbeit, Innovation, Forschung und Wohlstand. Das duale Bildungssystem mit seinen Anschlüssen an die Hochschulen ist weltweit einzigartig. (...) Der Kanton Zürich ist eine der finanzkräftigsten Regionen der Welt und der grösste Bildungsplatz der Schweiz. Dennoch plant er einen markanten Leistungsabbau auf Kosten der Bildung. Damit entzieht er der heutigen und künftigen Jugend die Chance auf bestmögliche Ausbildung und seinem Forschungs- und Wirtschaftsstandort den Nachwuchs.»

Breiter Protest

Dies sind die einleitenden Worte des Zürcher Bildungsmanifests, das im November publiziert und bereits über 18 000 mal unterzeichnet worden ist. Der Post dazu auf der AL-Facebook-Seite hat innert kürzester Zeit Tausende von Menschen erreicht und wurde so oft geteilt wie selten ein unbeworbener Beitrag. Das zeigt die Brisanz des Themas. Sämtliche Direktoren der öffentlichen Schulen im Kanton Zürich sind Initiatoren des Manifests und sie fordern ein Umdenken. Sie warnen vor den langfristigen Folgen einer kurzfristigen Sparpolitik. Gegenwärtig geht es um jährlich 49 Millionen Franken, die die Bildungsdirektion einsparen muss. (20 Millionen Volksschule, 18 Millionen Mittelschulen, 11 Millionen Berufsbildung)

Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Zukunft – hier sollen wir investieren, sparen passt da nicht. Am Tag der Bildung, dem 13. Januar 2016, fanden den ganzen Tag über vielfältige Aktionen statt von allen, die nicht wollen, dass das Bildungsbudget gekürzt wird. Leider hat die breit abgestützte Allianz kurzfristig die Schlusskundgebung auf dem Bürkliplatz abgesagt – aus unbegründeter Angst vor Ausschreitungen bei der angekündigten Anschlussdemonstration der Schülerinnen und Schüler. Ausser verbohrt bürgerlichen Sparpolitikern merken alle, dass die Spar-Rechnung nicht aufgeht bei steigenden Schülerinnen- und Studentenzahlen. Zudem sind Konzepte wie der integrative Unterricht verwirklicht oder mit dem Lehrplan 21 in der Pipeline, die es nicht erlauben, dass aufgrund von Sparmassnahmen die Klassen vergrössert werden. Wo wie viel eingespart werden soll, wird erst im März kommuniziert. Klar ist soviel: wenn die Zahl der Schülerinnen steigt, aber weniger Geld zur Verfügung steht, dann wer-

den wohl doch die Klassen vergrössert. Oder es wird ein (versteckter) Numerus clausus eingeführt durch eine noch schärfere Selektion für die Gymnasialstufe. Die Verlagerung des Bildungsauftrags in die Privatschulen und die wachsende Bedeutung der Vorbereitungskurse für die Gymiprüfung wären die Folgen. Bildung würde zu einem elitären Gut verkommen.

Typisch Banken: Milliarden-Boni, aber keine Steuern

Nach der Finanzkrise Ende der Nullerjahre «konnten» die Grossbanken UBS und CS keine Gewinnsteuern mehr bezahlen, für Kanton und Stadt Zürich brachen bei den Unternehmenssteuern höhere dreistellige Millionenbeträge weg. Gleichzeitig wollten sie aber nicht auf die Auszahlung hoher Boni verzichten. Mit ihrem verantwortungslosen Verhalten haben die systemrelevanten Banken den Finanzhaushalt von Kanton und Stadt schwer geschädigt, profitieren zugleich aber massiv vom Bildungsplatz Zürich, dem sie mit ihrer Firmenpolitik die finanziellen Ressourcen entziehen. Der Gipfel ist erreicht, wenn sich die Grossbanken als edle Spender für Lehrstühle und Forschungszentren beweihräuchern lassen. Die aufgeklärten Bürger können nur noch feststellen, dass wir vollends zurück im Feudalismus sind, wo sich die Reichen und Mächtigen nicht am Allgemeinwohl beteiligen, sondern nach ihrem Gusto Sponsoring betreiben.

Weniger Sonderschulung– tiefere Löhne?

Viele denken jetzt mit, wo am besten gespart werden kann und soll, und oft hört man den Ruf, die Schule biete zu viele Sondermassnahmen. Bald jedes zweite Unterstufenkind bekommt irgendwelche Fördermassnahmen, sei es, dass es den Purzelbaum nicht kann, den Stift falsch hält oder das «r» noch nicht so über die Lippen rollt, wie es gemäss irgendwelchen Theorien eben «Norm» wäre. Auch mich stört diese Pädagogisierung des Unterrichts schon lange. Andererseits finde ich es aber falsch, hier jetzt den Rotstift anzusetzen. Anscheinend wollen wir eine Gesellschaft, die Kletterstangen abschafft, weil sie zu gefährlich sind, sich dann aber darüber wundert, dass die Kinder nicht mehr klettern können und die entsprechenden Bewegungsabläufe lieber in ganzheitlich sanften Ergotherapie-Sonderlektionen erlernen sollen. Diese Entwicklung findet schon lange statt, für eine Korrektur müsste man ganz wo anders ansetzen;

jetzt die auf diese Entwicklung reagierenden Angebote wieder abzuschaffen, hiesse Sparen am falschen Ort. Moderne Konzepte fordern eine angepasste Betreuung. Die wenigsten erinnern sich an Zeiten mit 50 Kindern in der Klasse und wer doch, der weiss auch, dass damals der Stock regierte. Wir haben entschieden, dass individuellere Lernkonzepte menschenwürdiger zum Erfolg führen. Und die kosten. Welches Schulsystem wir damit finanzieren, sollte auf einer anderen Ebene bestimmt werden. Jetzt aber Mittel zu kürzen, wäre der Tod der öffentlichen Bildung.

Dayana Mordasini

JA zur Bildung

Die Zürcher Bildungsinitiative «Für die öffentliche Bildung!» kommt am 28. Februar 2016 zur Abstimmung.

Die Bildungsinitiative verlangt einen Zusatz in der Kantonsverfassung, Artikel 115 (Bildungswesen). Mit diesem Zusatz soll der kostenlose Besuch der öffentlichen Bildungseinrichtungen des Kantons Zürich für alle im Kanton wohnhaften Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Frauen und Männern garantiert werden. Schullager, Ausflüge, Musikunterricht und Lehrmittel der Volks-, Berufs- und Mittelschulen sollen künftig kostenlos sein. An Universitäten und Fachhochschulen sind mit der Änderung weder Einschreibe-, Semester- noch Prüfungsgebühren zu bezahlen. Im Gegensatz zu den BerufsschülerInnen sollen die Studierenden ihre Bücher und Hilfsmittel weiterhin aus dem eigenen Sack berappen. Dies auch, weil die Uni-, Instituts- und Zentralbibliotheken einen unschlagbaren Service bieten.

Unser Bildungssystem ist immer noch gut, durchlässig und günstig, doch müssen wir Sorge tragen, dass es weiterhin so bleibt. Die ständigen Diskussionen über Studiengebührenerhöhungen, kostendeckende Elternbeiträge und die Unterwerfung der Bildung unter das Primat der Ökonomie lassen nichts Gutes erahnen. Bildung darf keine Sache des Portemonnaies sein. Die Bildungsinitiative ist eine Antwort auf die Kommerzialisierungstendenzen im Bildungsbereich.

Judith Stofer

Neuwahlen



In der Öffentlichkeit gilt als der grösste Gradmesser für Politik meistens die Einhaltung von Versprechen. Was wurde im

Wahlkampf versprochen? Was wurde dann tatsächlich gemacht? Schwierig wird die Sache mit den Versprechen, wenn sie früh und offensichtlich gebrochen werden. Die bürgerliche «Allianz starkes Winterthur» trat bei den vergangenen Stadtratswahlen in Winterthur mit dem Versprechen an, dass die Steuern in der Eulachstadt nicht erhöht werden, wenn ihre vier Köpfe in die Regierung gewählt werden. Mit potenter Rückendeckung aus der Wirtschaft wurde ein Wahlkampf geführt, wie er in Winterthur bisher unbekannt war – hinsichtlich der investierten Finanzmittel wie auch in der Dreistigkeit der Aussagen. Die Aufwendungen haben sich gelohnt, die Allianz zog geschlossen in den Stadtrat ein und beendete die Rot-Grüne Dominanz. Doch schon beim ersten Budget nach den Wahlen beantragt genau dieser Stadtrat eine Steuererhöhung. Der Aufschrei war gross und mit Hilfe der Grünliberalen wurde die Erhöhung noch abgewendet. Im Jahr 2015 gelang es dann dem bürgerlichen Stadtrat erfolgreich, das Wahlversprechen zu brechen. Die Erhöhung um 2% ist nun Tatsache und die Regierung ist definitiv in der Realität angekommen. In der ganzen Diskussion rund um die städtischen Finanzen hat sich eines gezeigt: ob bei Sparprogrammen oder Erhöhungen der Einnahmen, auffallend oft ist es der bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat nicht gelungen, die eigenen Parteien hinter sich zu scharen. Es scheint, dass die RegierungsvertreterInnen in den Fraktionen in wichtigen Fragen auf taube Ohren stossen. Kurioserweise holt dann oft eine Mitte-Links-Koalition die Kohle aus dem Feuer. Die Opposition rettet die Regierung quasi vor den eigenen Parteien. Ein merkwürdiges Schauspiel, das sich vor unseren Augen hier immer wiederholt. Ich bin mir sicher: in jedem anderen Land würden nun Neuwahlen ausgerufen werden, weil sich Regierung und Parlament gegenseitig blockieren. Wir müssen uns das jämmerliche Schauspiel wohl oder übel bis zu den nächsten Wahlen mitanschauen. Manchmal bekommt man beinahe Mitleid – aber nur fast!

David Berger

Kein Lohndumping

Wer im vergangenen Jahr die Zeitung aufschlug, musste oftmals den Eindruck gewinnen, auf dem Zürcher Arbeitsmarkt ginge es zu wie im Wilden Westen: Scheinselbstständige, unbezahlte Überstunden, 60 Stunden Schwerstarbeit für Löhne von 900 bis 2 000 Franken, Androhung von Gewalt oder systematische Fälschungen bei der Lohnerfassung und der Arbeitszeit. Der Kreativität krimineller Lohndumping-Firmen sind offenbar keine Grenzen gesetzt.

Die öffentlich debattierten Fälle auf den prestigeträchtigen Grossbaustellen am Bahnhof Löwenstrasse oder in der Bahnhofstrasse sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Auch in anderen Branchen wie dem Gastgewerbe, bei Reinigungskräften und in der Pflege gibt es immer häufiger Verstösse gegen geltendes Recht. Im Kanton Zürich ist das Lohndumping ausser Kontrolle geraten!

Nicht nur für die um ihren Lohn betrogenen Beschäftigten ist das ein Problem. Auch gesetzestreue Unternehmen sind betroffen, weil sie Aufträge an die billigeren Lohndumping-Firmen verlieren. Um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen sie Stellen streichen, die Löhne drücken

und gehen oftmals doch Konkurs. Der Wirtschaftsraum Zürich gerät so zunehmend in eine Abwärtsspirale: Arbeits- und Ausbildungsplätze bei ehrlichen Unternehmen gehen verloren und die Löhne aller Arbeitnehmenden geraten unter Druck.

Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit hat die Aufgabe, Schweizer Löhne und die minimalen Arbeitsbedingungen schützen. Doch aktuell reichen die gesetzlichen Instrumente nicht aus, um die geltenden Gesamtarbeitsverträge durchzusetzen. Werden sie entdeckt, melden die skrupellosen Dumping-Firmen nicht selten Konkurs an und sind unter neuem Namen wieder am Markt, bevor auch nur eine Sanktion sie erfassen konnte. Mit der Lohndumping-Initiative geben wir den Kontrollbehörden endlich das Rüstzeug, um in Zukunft effektiv gegen Lohndumping vorzugehen.

Markus Bischoff



Sozialprobleme in der Agglo

Die Agglomerationstädte stehen im Kanton Zürich vor grossen Problemen. Die Sozialhilfequote, d.h. der Anteil der Bevölkerung, welcher Sozialhilfe erhält, beträgt in Dietikon 7.0%.

Im Vergleich dazu: Zürich 4.6% oder Winterthur 5.0%. Neben der gesetzlich zugesicherten wirtschaftlichen Hilfe stiegen in den letzten Jahren auch die Zusatzleistungen zur AHV/IV stark an. Dies stellt man in allen Gemeinden fest und es zeigt sich, dass die Probleme der Alters- und Invalidenvorsorge auch 30 Jahre nach Einführung des BVG (Bundesgesetz über die berufliche Alters-Hinterlassenen und Invalidenvorsorge) noch längst nicht gelöst sind.

Auch aufgrund der hohen Sozialleistungen benötigt Dietikon im kantonalen Finanzausgleich den individuellen Sonderlastenausgleich, was einen Steuerfuss von 129% bedingt. Winterthur hat einen Steuerfuss von 124% und Zürich 119%. Der Finanzausgleich im Kanton Zürich muss insbesondere im Bereich der Sozi-

allasten dringend angepasst werden. Dietikon ist denn auch im Gespräch mit andern Gemeinden, um eine Revision zu erreichen.

Die Stadt Dietikon sucht den Ausweg in einer Abwehrstrategie gegen Sozialhilfeempfänger. Dies ist aber keine Lösung, denn es werden nicht weniger Menschen die Sozialhilfe beziehen, wenn sie jede Gemeinde möglichst zu vertreiben versucht.

Unwillkürlich fragt man sich, wie die Soziallasten in der Stadt Zürich aussehen würden, wenn man sie stadtkreisweise berechnen würde. Würden dann gewisse Stadtkreise auch derart unter den Soziallasten leiden wie Dietikon? Oder wie wäre es, wenn man mehr als 80 Jahre nach der letzten Eingemeindung in Zürich, Dietikon auch in die Stadt Zürich eingemeinden würde? Dies würde viele, nicht nur finanzielle Probleme lösen und Zürich-Dietikon würde doch ebenso gut tönen, wie Zürich-Oerlikon.

Ernst Joss

Budget: ALlein auf weiter Flur



In der Debatte um das Budget 2016 hat die SVP eingesehen, dass die globalen Sparanträge, welche keine gezielte Steuerung der Finanzen zulassen, Unsinn sind. Woher diese späte Einsicht kam, bleibt ein Rätsel. Böse Zungen behaupten, es hänge damit zusammen, dass die SVP in dieser Legislatur neu den Finanzdirektor stelle.

Eine ausserordentliche Bedeutung kommt dem Budget 2016 aber auch deshalb zu, weil in den nächsten vier Jahren rund 1,8 Mrd. Franken eingespart werden müssen. Allein aus diesem Grund wurde aus der eher ritualisierten Debatte der vergangenen Jahre nun bitterer Ernst. Die AL-Fraktion stellte deshalb den Antrag auf eine Steuerfusserhöhung um 5 Prozentpunkte: Nur so kann gegen das absehbare, massive Sparpaket Gegensteuer gegeben werden. Denn es waren die massiven Steuerfussenkungen der vergangenen rund zehn Jahre, die jetzt dazu führen, dass der Kanton selbst bei einem mittelmässigen Konjunkturverlauf be-

reits in die roten Zahlen abrutscht. Dass der Kanton Zürich über mehrere Jahre keine ausgeglichene Staatsrechnung vorlegen konnte und somit zum Sparen gezwungen war, trat in der Vergangenheit lediglich nach einer längeren rezessiven Phase auf.

Trotz Sparprogramm – Steuerfusserhöhung chancenlos

Die Fraktion der AL ging in die Budgetdebatte mit der Absicht, dass, wenn schon gespart werden muss, nicht nur die Ausgaben überprüft werden sollen, sondern dass ebenfalls Massnahmen auf der Einnahmenseite ergriffen werden müssen. Nur so lassen sich einschneidende Sparmassnahmen in Bildung, Kultur und im Sozialen abwenden. Leider blieb die AL mit ihrem Steuerfuss-Antrag allein. Selbst SP und Grüne scheuten sich, einer vermeintlich unpopulären Steuerfusserhöhung das Wort zu reden. Sie verharren wie die angestarrte Maus vor der Schlange: Die Auseinandersetzung über das 1,8-Mrd.-Sparpaket wird bald beginnen; im Frühjahr wird der Regierungsrat den Massnahmenkatalog vorlegen.

Kaspar Bütikofer
Kantonsrät AL

Kulturdebatte – eine Nachlese



Mit einer Distanz von beinahe zwei Monaten berichte ich von der Kulturdebatte im Gemeinderat. Die gute Nachricht zuerst: Im grossen Ganzen verlief die Debatte schmerzlos – ohne nennenswerte Verluste aber auch ohne anregende oder gar erkenntnisreiche Diskussionen. Mit Ausnahme der SVP haben alle Parteien in ihren Fraktionserklärungen und den Voten zum Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019 die Kultur und die Wichtig- und Wichtigkeit ihrer Förderung durch die öffentliche Hand nicht (oder nicht wesentlich) in Frage gestellt.

Von siebzehn Weisungen, die eine Weiterführung oder allenfalls eine meist moderate Erhöhung der jährlichen städtischen Beiträge für Institutionen und Veranstaltungen beantragten, waren lediglich zwei bei den bürgerlichen Parteien umstritten und deshalb akut gefährdet. Zum einen wurde die Notwendigkeit der Erhöhung der städtischen

Beiträge an die Zürcher Filmstiftung angezweifelt, zum anderen meinte die findige FDP mit Hilfe von «mathematischen Gleichungen» erkannt zu haben, dass das Theater Winkelwiese auch mit 20%iger Reduktion der städtischen Subventionen prima existieren könne. Glücklicherweise waren im entscheidenden Moment der entsprechenden Abstimmungen auf der rechten Ratsseite spontane Absenzen zu vermerken, und so konnte auch für den Film und die Nachwuchsförderung von BühnenautorInnen (Winkelwiese) eine wacklige Mehrheit gefunden werden.

Nicht nur die Zuschauertribüne, sondern auch das Treppenhaus und der Eingangsbereich wurden von zahlreichen Kulturschaffenden belebt, die allerdings sofort zur Ruhe angewiesen wurden, als sie zum ersten Mal applaudierten. Weder Freude noch Unmut durften sie hörbar äussern und so zeigten sie sich verständlicherweise enttäuscht darüber, wie emotionslos die Kultur in der Debatte verhandelt wurde – wie sich mindestens einige von ihnen an einem kürzlich veranstalteten Stammtisch der freien Szene äusserten.

Rosa Maino, Gemeinderätin AL

AL-InhALte mit Biss:



10. November: Die Alternative Liste hat beim Bezirksrat **Stimmrechtsrekurs** eingelegt gegen die Beteiligung der Stadt an der Limmat Energie AG, die den Energieverbund Zürich

Altstetten realisieren soll.

17. November: Die AL Zürich unterstützt die **Petition** der Autonomen Schule Zürich, welche dazu aufruft, sich zum Projekt «Bildung für alle» der ASZ und der Dringlichkeit der politischen Themen, die es aufwirft, zu bekennen und sich für die Weiternutzung der Räume am Sihlquai einzusetzen.

26. November: Die Kantonsratsfraktion fordert in einer **Medienmitteilung**, den Steuerfuss für die Jahre 2016 und 2017 auf 105% festzulegen, weil die steigenden Ausgaben nicht nur mit Sparübungen aufgefangen werden können.

27. November: Die AL unterstützt ein von sämtlichen Kantons- und Volksschulen veröffentlichtes **Manifest** für die Bildung, das vor den langfristigen Folgen einer kurzfristigen Sparpolitik warnt und ein Bekenntnis zur Bildung als wichtiges Gut verlangt.

10. Dezember: Die **Gemeinderatsfraktion** beantragt dem Gemeinderat, ebenso kontraproduktive Sparbeschlüsse des Stadtrats in der Bildung und in der Sozialpolitik durch Umlagerung von Ausgaben rückgängig zu machen.

5. Januar: Das Jahr beginnt traditions-gemäss mit dem **AL-Neujahrsapéro** im Helsinki.

11. Januar: Die AL Zürich bedauert den



Ablehnungsantrag der bürgerlichen Mehrheit der Bildungskommission zur AL-Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» und verspricht in einer **Medienmitteilung**, sich

mit aller Kraft für den Betreuungsfonds und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen.

14. Januar: In einer **Fraktionserklärung** unterstützt die Gemeinderatsfraktion das «Manifest für die Bildung» und bedauert, dass diese breitabgestützte Allianz aus Angst vor Eskalation den Weg auf die Strasse scheut.



Als meine Kinder auf die Welt kamen, konnte ich meinen Vorsatz, mit ihnen in meiner Muttersprache Italienisch zu sprechen, nicht

in die Tat umsetzen, weil mir spontan Züridütsch über die Lippen kam – Zeichen einer gelungenen Integration. Nie hätte ich jedoch gedacht, dass ich heute alle meine ausländischen Freunde, Nachbarn und Klienten, die in der Schweiz geboren wurden oder schon lange hier wohnen, auffordere, sich rasch einzubürgern, damit nicht die Gefahr entsteht, dass ihre Kinder ausgeschafft werden. Und zwar auch wegen Bagatellen. Das Ausländergesetz sieht schon heute vor, dass die Niederlassungsbewilligung widerrufen werden kann, wenn der Ausländer zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Die Praxis dazu wurde seit Jahren härter. Aber es findet nach wie vor eine Einzelfallprüfung statt. Die Ausschaffungsinitiative hat eine weitere Verschärfung gebracht. Das Parlament hat dazu eine Umsetzungsvorlage beschlossen, die minimale Verfassungsgarantien enthält. Eine sehr restriktiv gehaltene Klausel ermöglicht den Gerichten, ausnahmsweise von einem Landesverweis abzusehen. Mit der Durchsetzungsinitiative soll nun aber jeder Ausländer, der ein im Katalog enthaltenes Delikt begeht, zwingend und automatisch ausgeschafft werden, ohne dass ein Richter den konkreten Einzelfall prüfen darf. Die Initiative zielt auf die Hunderttausende von Secondos, die bei uns gemeinsam mit den Kindern mit Schweizer Pass aufwachsen. Als Mutter und Rechtsanwältin erleb(t)e ich täglich, wie rasch in der abenteuerlichen Zeit des Erwachsenwerdens Jugendliche irgendeine Dummheit begehen. Ich kann nicht einsehen, weshalb in solchen Fällen der Schweizer Pass darüber entscheiden soll, ob jemand ausgewiesen wird. Ich will nicht auf den Grundsatz verzichten, dass jeder Einzelne von uns im konkreten Einzelfall das Recht hat, seine ganz persönliche Situation durch einen Richter überprüfen zu lassen. Ich kann und will nicht glauben, dass die Mehrheit der Stimmenden einer solchen ungerechten, unmenschlichen und zutiefst undemokratischen Initiative zum Sieg verhilft. Geht an die Urne und stimmt Nein, überzeugt Menschen, es euch gleich zu tun. Danke.

Manuela Schiller

Blogbeitrag aus Forum der Parteien

Kleinkinderbetreuungsbeiträge

Der Kantonsrat hat die Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB) ersatzlos gestrichen. Die AL-Kantonsratsfraktion hat natürlich gegen diese Abschaffung gestimmt, genutzt hat es nichts. Die Frage wurde aber fraktionsintern auch kontrovers diskutiert, und deshalb bringen wir hier zwei Meinungen zu einer Frage, die auf den zweiten Blick auch eine Kritik von links zulässt.

KKBB sind wertkonservative Sozialpolitik, die Staatskinder produziert. Sie sind aus kirchlichen Kreisen gewachsen und werden auch in linken Kreisen positiv wahrgenommen. Die Betreuungsbeiträge sind einerseits ein bürgerliches Anreizmodell, damit Frauen daheim Kinder erziehen, und sie unterstützen andererseits reell Leute mit geringem Einkommen. Und jetzt sind die KKBB vom Tisch. Sie wurden am 30. November 2015 ersatzlos gestrichen. Aus Sicht der AL-Kantonsratsfraktion hätte man die KKBB klüger beibehalten statt sie ersatzlos zu streichen. Judith Stofer begründete im Rat den Ablehnungsantrag zur Abschaffung der KKBB so, dass «die unbestritten anerkannten Versorgungslücken bei den familienergänzenden, bezahlbaren Kinderbetreuungsangeboten nicht geschlossen werden und Mittel, die letztendlich Kindern zugutegekommen sind, ersatzlos gestrichen und für immer verloren sind (...). Die freiwerdenden Mittel sollen also in die Subventionierung von familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten umgelagert werden, so dass sich Familien und Alleinerziehende mit tieferen Einkommen solche Angebote ebenfalls leisten können».

Ich kann der Streichung abgewinnen, dass es gut ist, wenn Frauen-an-den-Herd-Mentalitäten aus meiner Lebenswelt verschwinden. Die KKBB sind Geschichte und ich habe einen Traum: Was wäre wenn...? – Eltern und Kinder in den Genuss eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) kämen? Ich zitiere Judith Shulevitz (New York Times): «Wir würden damit dem Prinzip zustimmen, dass die Arbeit an der Liebe zwar nicht ohne Preis ist, aber auf jeden Fall bezahlbar.» Einen Haken gibt's: Das BGE ist in kritischen Kreisen wie die KKBB auch nur eine Herdprämie. So what, Folks. Mir doch egal. Ich finde die Frauenquote grusig und ihre Einführung trotzdem nötig für den gesellschaftlichen Wandel. Hauptsache, ich kann in Zukunft Nein sagen, zu was auch immer. Deshalb stimme ich Ja fürs Grundeinkommen im Juni. Und, falls wir fürs BGE etwas mehr Zeit brauchen (siehe Einführung AHV und Frauenstimmrecht) sage ich im September Ja zur Initiative Kinderbetreuung für alle. Meine Haltung: BGE und/oder KBFA statt abgelutschte KKBB.

Laura Huonker

Die AL hat im Zürcher Gemeinderat eine Interpellation zur angekündigten Streichung der KKBB eingereicht. In der Antwort darauf führt der Stadtrat aus, dass er bei einer Abschaffung der Betreuungsbeiträge, einen Teil der eingesparten 16 Millionen Franken in subventionierte Krippenplätze investieren möchte.

Je nach individueller Situation könnte es sein, dass die nötige altersadäquate Förderung in einer Kita besser abgedeckt sei als zu Hause. Die Frühförderungsstrategie der Stadt Zürich zielt darauf ab, Kinder aus sozial belasteten Familien möglichst frühzeitig in Regelstrukturen wie Kitas zu integrieren. Folgender Subtext schwingt hier mit: Kinder aus Migrationsfamilien und aus Familien der Unterschicht sollten möglichst bald aus ihrem unqualifizierten, dysfunktionalen Umfeld herausgenommen werden. Interessanterweise reden wir in diesem Zusammenhang immer nur von armutsbetroffenen Familien und es interessiert niemanden, ob bei Familien aus der Oberschicht beide Eltern arbeiten und ob die Kinder von einer Nanny betreut werden, die halbjährlich ausgewechselt wird.

Das Herdprämie-Argument («es hält Frauen davon ab, Karriere zu machen») in dieser Debatte, halte ich für paternalistisch. Es bringt doch nichts Betreuungsbeiträge, Teilzeitstellen usw. abzuschaffen mit dem Argument, dass im Endeffekt v.a. die Karrierechancen der Frauen darunter leiden. Das ist doch absurd. Vielmehr müssten wir doch Veränderungen anstreben, die es ermöglichen auch mit einem Teilzeitpensum «Karriere» zu machen. Hinzukommt, dass es in den meisten Fällen wohl so ist, dass der Mann nun mal mehr verdient und deswegen auch der Mann weiterarbeitet.

Es sollte keine Selbstverständlichkeit mehr sein, dass unbezahlte care-Arbeit eher von Frauen übernommen wird. Beide Elternteile sollten ihre Pensen reduzieren können, um ihren Betreuungspflichten gleichermassen nachkommen zu können.

Der Stadtrat geht davon aus, dass ein Teil der Haushalte, die heute Betreuungsbeiträge beziehen, Sozialhilfe beantragen werden müssen. Eine vernünftige Sozialpolitik würde versuchen, die Sozialhilfe zu entlasten, nicht noch mehr Bevölkerungsgruppen in die Sozialhilfe zu drängen.

Ezgi Akyol